

Green News

Das Online-Magazin der Gewerkschaft der Polizei in Bayern



Ausgabe 14/2013

23. August 2013

Münchner PP Hubertus Andrä zu Gast beim GdP-Landesvorstand

Der seit Mitte Juli amtierende, neue Polizeipräsident Münchens, Hubertus Andrä, stattete am Dienstag gemeinsam mit Polizeidirektor Christian Weis dem Geschäftsführenden Landesvorstand der GdP einen Antrittsbesuch ab. In entspannter Atmosphäre konnten Themen erörtert werden, die die Münchner Kolleginnen und Kollegen, aber auch die Polizeibeamten in ganz Bayern bewegen. Zusammen mit den Vorstandsmitgliedern der GdP München wurde u.a. über den Umgang mit Disziplinarfragen, die Attraktivität im Großraum München, die Wohnungsproblematik und über Probleme der Stellenbesetzung im Tarifbereich diskutiert. PP Andrä und die GdP waren sich dabei einig, dass für Dienstleistende in München mehr Anreize geschaffen werden müssen, um Beamte langfristig hier zu halten und die hohe Fluktuation einzubremsen. Für die Zukunft der Bayerischen Polizei wurden Wege überlegt, wie auch künftig die besten Absolventen frühzeitig für diese Tätigkeit begeistert werden können. Landesvorsitzender Helmut Bahr dankte PP Andrä und PD Weis mit einer kleinen Auf-



LV Bahr und PP Andrä bei der Diskussion

merksamkeit für ihren Besuch. Angesichts der räumlichen Nähe und der Bedeutung des PP München werden die Gespräche sicherlich fortgesetzt.



V.l.: LV Helmut Bahr, PP Hubertus Andrä, Polizeidirektor Christian Weis, stv. LV Peter Schall, Sigrid Strobl, Christl Kern und der Vorsitzende der BG München, Michael Bogatzki

NSU-Untersuchungsausschussbericht vorgestellt

GdP weist Vorwurf rassistisch geprägter Verdachtsstrukturen vehement zurück

Als „ungeheuerliche Unterstellung“ weist die Gewerkschaft der Polizei (GdP) den im Zuge der Vorstellung des sogenannten NSU-Abschlussberichts geäußerten Vorwurf rassistisch geprägter Verdachtsstrukturen innerhalb der Polizei vehement zurück. GdP-Bundvorsitzender Oliver Malchow: „Der Untersuchungsausschuss hat bislang nicht aufzeigen kön-



Foto: GdP/Holecek

nen, wo und wann eine polizeiliche Ermittlung aus rassistischen Motiven unterblieben ist. Wer immer wieder diesen Rassismus-Vorwurf erhebt, soll auch endlich die Belege dafür liefern.“

Mit Skepsis reagierte die GdP auf die Empfehlung des NSU-Untersuchungsausschusses, Staatsanwaltschaft und Polizei zu verpflichten, bei jedem Gewaltopfer mit Migrationshintergrund immer auch einen möglichen rechtsextremistischen Hintergrund zu ermitteln. „Diese offenbar politisch motivierte Empfehlung geht allein deshalb an der Realität vorbei, weil Staatsanwaltschaften und Polizei auch in Zukunft nur dort ermitteln dür-



GdP weist Vorwurf rassistisch geprägter Verdachtsstrukturen vehement zurück

fen, wo es bereits Verdachtsmomente gibt. Schon jetzt sind Staatsanwaltschaften und Polizei verpflichtet, objektiv und in alle Richtungen zu ermitteln“, sagte Malchow.

Dem nach wie vor deutlichen Anstieg politisch motivierter Kriminalität von Rechts und Links muss nach Auffassung der GdP mit einer Stärkung der Sicherheitsbehörden entgegengetreten werden. Dazu gehört auch eine verbesserte Informationspflicht der Nachrichtendienste gegenüber Staatsanwaltschaft und Polizei. Malchow: „Die GdP fordert, die Nachrichtendienste ge-

Den Link zum Abschlussbericht des Untersuchungsausschusses sowie zu den Voten der SPD und der Grünen findet Ihr unter <http://www.gdp.de/gdp/gdp.nsf/id/p130805>

GdP: Nationales Waffenregister wird zum „Schuss in den Ofen“

Das seit 1. Januar geführte Nationale Waffenregister (NWR), in dem alle in Deutschland in Privatbesitz befindlichen Schusswaffen zentral registriert werden sollen, droht nach Recherchen der Gewerkschaft der Polizei (GdP) zu einem „Schuss in den Ofen“ zu werden. GdP-Bundesvorsitzender Oliver Malchow: „Die bislang bei den bundesweit über 500 Waffenbehörden gespeicherten Daten der Waffen waren bereits fehlerhaft. Bei der Übertragung dieser Angaben zum Nationalen Waffenregister beim Bundesverwaltungsamt in Köln wurden weitere Fehler gemacht. Das stellt den Nutzen des NWR als Ermittlungs- und Fahndungsinstrument in Frage und es beschert den Waffenbesitzern möglicherweise sehr unangenehme Folgen.“

Damit verliert nach Auffassung der GdP auch die von den Innenministern angestrebte, besondere Schutzfunktion des NWR, dessen Einrichtung auch den Sinn haben sollte, dass Polizeibeamte bei Einsätzen in Häusern und Wohnungen zuvor den möglichen Waffenbesitz am Einsatzort abfragen können.

setzlich zu verpflichten, alle ihnen bekannt gewordenen Hinweise auf Verbrechen an Staatsanwaltschaft und Polizei weiterzugeben.“

Eine klare Absage erteilte die GdP der Forderung nach Abschaffung von Nachrichtendiensten und V-Leuten. „Konspirativ arbeitende terroristische Kleinstgruppen kommt man mit nachrichtendienstlichen Mitteln auf die Spur, dazu gehören auch V-Leute.“ Eine Verlagerung nachrichtendienstlichen Kompetenzen in die Polizei lehne die GdP kategorisch ab, sagte Malchow.

Auch könne jemand, so befürchtet die GdP, der eine bestimmte Waffe schon vor Jahren verkauft hat, in den Fokus einer Ermittlung geraten, indem er als amtlich registrierter Besitzer der gesuchten Waffe natürlich dringend verdächtig erscheint. Oliver Malchow: „Das wird viel Ärger geben.“



Foto: Stefan Shiegl - pixelio.de

Deutschland setzt mit dem neuen Register eine EU-Richtlinie um, die vorsieht, dass spätestens bis 31.

Dezember 2014 ein zentrales Waffenregister eingeführt werden muss. Die Forderung nach einem Waffenregister war unter anderem nach dem Amoklauf von Winnenden aufgekommen.

Internationale Polizeimissionen im Kosovo und in Afghanistan - Innenminister Joachim Herrmann verabschiedet bayerische Polizeibeamte

Pressemitteilung des Bayer. Staatsministerium des Innern vom 22.08.2013

Innenminister Joachim Herrmann hat heute in Nürnberg sieben bayerische Polizeibeamte, die bis Mitte September zu ihrem Auslandseinsatz in die Krisengebiete im Kosovo und nach Afghanistan aufbrechen, verabschiedet. „Sie verdienen unseren höchsten Respekt für Ihre Bereitschaft, für das Wohlergehen der Menschen und für Frieden und Freiheit auch dort einzutreten, wo die Bedingungen widrig und belastend sind. Dank und Hochachtung verdienen auch Ihre Familien. Ich wünsche Ihnen persönlich alles Gute, viel Erfolg und vor allem eine gesunde Heimkehr. Ihr freiwilliger Einsatz ist ein unverzichtbarer Beitrag Deutschlands und Bayerns für den Friedensprozess an diesen Brennpunkten.“ Als Zeichen seines Dankes und der Anerkennung und vor allem als Symbol der Hoffnung auf einen sicheren Einsatz und eine gesunde Rückkehr überreichte der Innenminister den Polizisten eine kleine Plakette mit einer Darstellung des Heiligen Sebastian – dem Schutzpatron der Polizeikräfte.

Die Polizeibeamten treten ihren Dienst im Rahmen des internationalen Polizeikontingents der Europäischen Union im Kosovo oder beim bilateralen Polizeiprojekt ‚German-Police-Project-Team‘ (GPPT) in Afghanistan an. Herrmann: „Ich bin fest davon überzeugt, dass das Mandat der deutschen Polizei in Afghanistan sinnvoll ist, denn eine gut ausgebildete Polizei ist für eine bessere Zukunft des von Kriegen gebeutelten Landes unabdingbar. Gleiches gilt im Kosovo, wo unsere Beamten die örtliche Polizei beraten und die einheimischen Kräfte bei der Bekämpfung der organisierten Kriminalität unterstützen. Gleichfalls begleiten und überwachen sie die Umsetzung der im politischen Dialog der Regierungschefs des Kosovo und Serbiens erzielten Ergebnisse.“

An der Polizeimission im Kosovo beteiligt sich der Freistaat Bayern schon seit Mitte 1999. 244 Polizeivollzugsbeamte waren seitdem im Kosovo, derzeit befinden sich zwölf Beamte vor Ort. Nun reisen bis Mitte September vier weitere Beamte in die



Internationale Polizeimissionen im Kosovo und in Afghanistan

Region. Herrmann: „Auch dank unserer hochqualifizierten bayrischen Beamten ist die EULEX-Mission ein Garant für den sicherheitspolitischen Erfolg im Kosovo und wird darum auch weitergeführt werden. Der Einsatz deutscher Soldaten und Polizisten ist für die Stabilität des Kosovo auf absehbare Zeit unverzichtbar.“

Seit Ende November 2009 hat Bayern auch 69 Polizeivollzugsbeamte für die Aus- und Fortbildung der afghanischen Polizei zur Verfügung gestellt. 17 sind aktuell im Einsatz in der afghanischen Hauptstadt Kabul und in Mazar-e-Sharif. Vier weitere werden bis Mitte September nach Afghanistan reisen. In Afghanistan ist seit Anfang 2012 die sogenannte ‚Transition‘, die Übergabe der Sicherheitsverantwortung an die afghanische Regierung, im Gange. 75 Prozent der Bevölkerung unterliegen bereits der alleinigen Verantwortung der einheimischen Sicherheitskräfte. Auch das deutsche Polizeitrainingszentrum Feyzabad ist schon in afghanischer Hand. Noch in diesem Monat wird auch das Trainingszentrum in Kunduz übergeben.

Im bilateralen Polizeiprojekt GPPT wurden bisher über 9.000 afghanische Polizeikollegen ausgebildet oder im Rahmen eines Mentoring betreut. Außerdem wurden rund 1.100 afghani-

sche Trainer qualifiziert und zahlreiche Infrastruktur- und Ausstattungsmaßnahmen umgesetzt. Herrmann: „Wann unsere Mission beim Aufbau der afghanischen Polizei beendet ist, kann heute noch niemand sagen. In jedem Fall ist vorgesehen, das deutsche Personal bis Ende 2014 nach und nach zu reduzieren. Aber auch danach wollen wir unser Engagement fortsetzen. Dabei wollen wir uns zunehmend auf das Mentoring und die Beratung konzentrieren.“

Alle in den Krisengebieten aktiven Polizeibeamten haben sich freiwillig für den Auslandseinsatz gemeldet. In einem strengen Auswahlverfahren haben sie nachgewiesen, dass sie die unabdingbaren Englischkenntnisse besitzen, gesundheitlich fit sind und die psychischen Voraussetzungen für die zu erwartenden Belastungen mitbringen. Für manche von ihnen ist es sogar schon ein wiederholter Auslandseinsatz. „Ihre Bereitschaft, im Kosovo und in Afghanistan Dienst zu leisten, zeugt von großem Verantwortungsbewusstsein und hoher Leistungsbereitschaft. Sie ist ein Signal, dass Ihnen die Schaffung sicherer Lebensbedingungen für die Menschen wirklich am Herzen liegt. Damit sind Sie auch Vorbilder für alle Ihre Kollegen, die bei uns zu Hause für die Bürger tätig sind“, so Herrmann.

GdP fordert stärkere Polizeipräsenz an gefährlichen Orten

Das Urteil im Fall Jonny K. bezeichnete die Gewerkschaft der Polizei (GdP) als angemessen und konsequent. Das Gericht, so GdP-Bundesvorsitzender Oliver Malchow, habe damit das klare Signal gesetzt, dass tödliche Prügelattacken mit Freiheitsstrafen geahndet werden.

Die GdP fordert unterdessen eine stärkere Polizeipräsenz an gefährlichen Orten. Niemand wolle eine allgegenwärtige Polizei, doch dort, wo sich viel Kriminalität ereigne, müssten Polizistinnen und Polizisten sein, um Taten effektiv zu verhindern. Malchow: „Die Polizei muss in der Lage sein, gefährliche Plätze und Straßen durch Präsenz sicherer zu machen. Der durch Personaleinsparungen forcierte Rückzug der Polizei von der Straße ist nicht nur angesichts solch erschütternder Taten von Gewaltkriminalität grundfalsch.“ Mehr Polizei, so der GdP-Chef, sei zwar kein Allheilmittel gegen eskalierende Brutalität, doch mit Sicherheit eine sich auszahlende Präventionsmaßnahme. Malchow verwies auf Zahlen des Statistischen Bundesamtes (destatis) nach denen die Personalstärke der Länderpolizeien zwischen 2003 und 2012 von rund 273.000 auf etwa 266.000

abgenommen habe. In der gleichen Zeit sei zudem die Zahl der in Vollzeit arbeitenden Polizeibeschäftigten um fast 9.000 zurückgegangen. Vom Personalabbau besonders betroffen seien Berlin mit einem Minus von rund 3.700 Kräften und die ostdeutschen Bundesländer. In lediglich sechs Ländern war die Personalstärke leicht angewachsen. Malchow: „Selbst positive Personalzahlen dürfen indes nicht darüber hinwegtäuschen, dass die zunehmende Belastung unserer Kolleginnen und Kollegen ihnen sprichwörtlich an die Nieren geht.“ Zahlreiche parlamentarische Anfragen belegten die seit Jahren steigende Krankheitsquote in den Ländern und bei der Bundespolizei.

Der GdP-Bundesvorsitzende sprach sich zudem für eine neue Kultur der Gewaltfreiheit aus. Malchow: „Erfahrene Polizistinnen und Polizisten wissen, dass alle Schwerekriminellen, auch Gewalttäter, klein angefangen haben. Die bestehenden und hervorragenden Projekte der Gewaltprävention setzen zwar richtig an, erreichen aber nicht jeden. Gewaltfreiheit muss sich in allen Bereichen der Gesellschaft durchsetzen.“

„DIE GdP. EINE FÜR ALLE.“

Gewerkschaft der Polizei



WONNEMAR -BADESPASS FÜR GdP-MITGLIEDER



GdP Service GmbH

UND FAMILIE **4x** IN BAYERN!

Die Wonnemar-Bäder in Sonthofen, Ingolstadt, Neu-Ulm, und Marktheidenfeld laden Euch zu Wasserspaß, Saunawelt, Gesundheitsbad, SPA und Gastronomie ein. Ein Steinbad, verschiedene Rutschen, ein Kleinkinderbereich, die großzügige Saunalandschaft und das Gesundheitsbad bilden einen Erlebnis-Komplex. Ruhezeiten und Solarien sowie die interne Gastronomie runden das Angebot des Wonnemar perfekt ab.



GdP-Mitglieder und deren Familie erhalten unter Vorlage des GdP-Mitgliedsausweises in allen Wonnemar-Bädern **FOLGENDE ERMÄSSIGUNG:
AN DIENSTAGEN 25% UND AN ALLEN ANDEREN
TAGEN 10%!**

Mehr Infos unter: 089/578388-28

